

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Er scheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. viertel. Schriftl. u. Geschäftst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Spyr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensvertw. d. Verb. Hamb. 11598  
45. Jahrgang Hamburg, 5. Dezember 1931 Nummer 49

## Die Nationalsozialisten entlarvt!

Bisher haben die nationalsozialistischen Führer, voran der „große Adolf“, stets die Legalität der Nazi-Bewegung betont und wenn es sich erforderlich machte, auch beschworen. Trotzdem blieben viele skeptisch, wie die letzten Tage gelehrt haben, mit vollem Recht. In Hessen sind der Polizei Schriftstücke in die Hände gefallen, die die schlimmsten Befürchtungen in bezug auf das Vorhaben der Nazis nach ihrer Machtergreifung noch weit übertreffen. Ein Entwurf zur ersten Bekanntmachung der nationalsozialistischen Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden zeigt deutlich, mit welcher Brutalität man sich am Ruder erhalten will. Für jeden, der auch nur im geringsten wagt gegen die neue Gewalt, und wenn diese auch nur verkörpert ist durch einen SA-Mann, aufzumucken, ist die Todesstrafe vorgesehen. So heißt der Punkt 1 der Bekanntmachung: „Jeder Anordnung der . . . (SA, Landeswehren, o. ä.), gleich von welchem Dienstgrad erteilt, ist sofort Folge zu leisten. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft. Die Feldgerichte können beim Vorliegen besonderer Umstände andere Strafen verhängen.“

Im Punkt 2 wird gesagt, daß, wer nicht innerhalb 24 Stunden seine Schußwaffe abliefern, auf der Stelle erschossen wird.

Die gleiche Strafe ist für alle jene Beamten, Angestellten und Arbeiter vorgesehen, die von ihrem Streikrecht Gebrauch machen. Wenn gegen die von der Nazi-Regierung erlassenen Notverordnungen verstoßen wird, kann ebenfalls die Todesstrafe verhängt werden. Es scheint also den Nazis nach ihrer Machtergreifung ein Schreckensregiment vor, wie es nur fränke Hirne auszubedenken vermögen.

Was dann weiter in dem oben erwähnten Entwurf über die Erfassung der Lebensmittel und die Durchführung der Volksernährung gesagt wird, zeugt von einer derartigen Primitivität der Auffassung über diese praktisch so ungeheuer schwierigen Probleme, daß man nicht weiß, ob man sich mehr über die Naivität, um nicht zu sagen Dummheit, der Nazi-Führung in volkswirtschaftlichen Fragen wundern soll oder darüber, welche Rolle sie der gesamten Bevölkerung zuweisen möchten. Wer nicht alle Lebensmittel auch ohne Bezahlung umgehend an die SA oder noch bekanntzumachenden Stellen abliefern, setzt sich schwerster Strafen aus: Einziehung des gesamten Vermögens, Freiheitsstrafen, eventuell auch der Todesstrafe. Für die Sicherstellung der Ernährung ist ein Kartensystem vorgesehen, wie es ja noch zur Genüge aus der Kriegszeit her bekannt ist. Dazu soll eine Kollektivspeisung eingeführt werden, also wohl Abfütterung aus der Gulaskanone. Ja, ja, im Dritten Reich wirds herrlich sein.

Nun streiten, wie nicht anders zu erwarten, die Nazi-Führer ab, von diesem Plan irgend etwas gewußt zu haben. Es handle sich dabei vielmehr nur um eine Privatarbeit eines einzelnen, für die sie jede Verantwortung ablehnen müßten. Bei der bekannten Einstellung der Nazi-Führung, die skrupellos heute diese und morgen direkt entgegengesetzte Ansichten vertritt, braucht das niemand zu wundern, sie wird es aber der Bevölkerung nicht verübeln können, wenn sie ihren Angaben keinen Glauben schenkt.

Aber selbst für den Fall, daß die Parteileitung der Nationalsozialisten von dem Entwurf ihres Parteimitgliedes, des Gerichtsassessors Dr. Best in Alzey, nicht unterrichtet war, bleibt eine schwere Schuld der Führer bestehen. Haben sie nicht die Jahre hindurch dauernd Haß gefüttert und Revolutionspielerei getrieben?

Haben sie nicht ihre Anhänger immer wieder in der demagogischsten Art aufgepuscht und blutrünstige Redensarten geführt? Mußten nicht die Mitglieder der Nazi-Partei Gedankengängen, wie sie in dem erwähnten Dokument niedergelegt sind, folgen? Wie oft

### Entscheidung des Bundesausschusses des ADGB.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in einer Bundesversammlung am Mittwoch, 25. November, mit den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates beschäftigt. Er nahm nach lebhafter Aussprache einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.“

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preisentzug eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher bei massigen Preisanstiegen durch Hochschulzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft.

Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden.

Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preisentzug durch währungspolitische Mittel oder zwangswise Lohnabbau.

Der rückwärtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenelend geführt,

ebenjo das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preisentzug. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzulehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie

zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes

und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuss erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.“

ist schon vom „Körperrollen“ die Rede gewesen. Die Nazi-Führer mögen sich jetzt als Anschuldslammer aufspielen, sie sind in Wirklichkeit die Schuldigen, weil sie die geistigen Urheber einer Einstellung sind, wie sie das Dokument offenbart. Die verantwortlichen Führer sind zu schlau, wohl teils auch zu feige, um offen zu ihren Worten und ihrem Vorhaben zu stehen, auf Hochverrat steht eine hohe Strafe; aber andere, die noch nicht so gerissen sind, die mögen sich in den Schlingen des Gesekes fangen.

Dr. Best Entwurf zu einer Bekanntmachung in den ersten Tagen nach der Machtergreifung der Nazis

hat einen Blick tun lassen hinter das für die Öffentlichkeit bestimmte sanfte Gesicht auf die in Wirklichkeit vorhandene brutale Fraze der Nationalsozialisten. Wer das Denken noch nicht ganz verlernt hat und sich einen Funken Ehrgefühl bewahren konnte, der wird sich mit Schauern abwenden von einer Partei, die sich nur mit der schärfsten Diktatur am Ruder zu erhalten suchen will. Da nicht anzunehmen ist, daß sich die deutsche Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit und unter Führung der großen Arbeiterorganisationen ein derartiges Regiment gefallen lassen würde, wären schwerste blutige Auseinandersetzungen die unabwendbare Folge. Darum gilt es mehr denn je: Schließt die Reihen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei als die stärksten Bollwerke gegen die Sakerkreuzpest!

### Die Beratungen im Wirtschaftsbeirat

Steigende Arbeitslosigkeit als Folge der durch Abschminderung und Kreditnot verursachten Schrumpfung der deutschen Wirtschaft, Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt, Bankenzusammenbrüche und anderes mehr hatten den Reichspräsidenten Hindenburg herbeigeführt. Mitte Oktober den Wirtschaftsbeirat zu berufen. Als dessen Aufgabe hatte der Reichspräsident in seinem Schreiben vom 14. Oktober an den Reichskanzler bezeichnet, „ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen“. Ziel dieses Programms sollte sein, „die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen“. Als Mitglieder des Wirtschaftsbeirates sollten Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens berufen werden, die ihre Aufgabe möglichst frei von jeglicher Bindung zu lösen versuchen sollten. Da Abstimmungen nicht erfolgen, „Beschlüsse“ nicht gefaßt werden sollten, war von vornherein irgendwelche Parität nicht vorgesehen: etwa 20 Vertreter des Handels und Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft standen 6 Vertreter der Arbeiter und Angestellten gegenüber.

Den ersten beiden Plenarsitzungen des Beirates wohnte der Reichspräsident bei. In seiner einführenden Rede am 29. Oktober betonte der Reichskanzler, daß für alle künftig notwendig werdenden Maßnahmen die Reichsregierung allein die Verantwortung trage, der Beirat aber ihr diese Aufgabe erleichtern solle durch klärende Untersuchung der Verhältnisse der deutschen Wirtschaft. Die Aufrechterhaltung unserer Währung sei unbedingt notwendig. So gespannt auch die Finanzlage sei, so sehr müsse das absolute Gleichgewicht in Einnahmen und Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden aufrechterhalten bleiben. Von besonderer Bedeutung für den deutschen Export sei der Sturz des englischen Pfundes, bezüglich dessen nicht abzusehen sei, auf welchem Stande es stabilisiert werden würde, ebenso sehr aber die Gefahr einer Minderung der deutschen Ausfuhr durch fremde Zölle mit Prohibitivwirkung. Dem entgegenzuwirken sei zu erwägen eine Senkung der Gestehungskosten mit Einschluß des Problems der Zinsentzug. Die Wirtschaft müsse allen Entwicklungsmöglichkeiten elastischer als bisher folgen können, wobei zu bemerken sei, daß Deutschland eher als andere Industrieländer an der unteren Grenze der Schrumpfung der Löhne und Gehälter angelangt sei. Schon die Notverordnung vom 5. Juni 1931 enthalte Andeutungen über die folgenschwere Wirkung einer weiteren Schrumpfung der Einnahmen aus Lohn und Gehalt für den gesamten Binnenmarkt, in erster Linie auch für die Landwirtschaft.

Schon in den ersten beiden Plenarsitzungen wie auch in den folgenden Sitzungen der dann gebildeten Ausschüsse (1. Selbstkosten, also Lohn und Preis, 2. Kredit und Zins), die später auch Sachverständige aus den Kreisen der beteiligten Interessentengruppen zuzogen, ergab sich folgendes Bild:

Die Landwirtschaft klagt über unerträgliche Zinslast (12 bis 16 % Hypothekenzins), überhöhte Preise für künstliche Düngemittel und zu hohe Landarbeiterlöhne mit Einschluß des Deputats, vor allem aber verlangte sie einen Ausgleich zwischen dem Index für landwirtschaftliche Produkte, der stellenweise bis auf 69 Punkte gesunken sei und den andern Indizes, besonders dem für Industrieprodukte für die Landwirtschaft, die zum Teil heute noch auf 100 Punkten ständen.

Die Vertreter des Mittelstandes (Handwerk und Kleinhandel) sehen in der schon jetzt eingetretenen Minderung der Kaufkraft der breiten Massen eine Bedrohung der eigenen Existenz und wenden sich gegen weitere Lohnsenkungen. Eine Erleichterung ihrer Lage erblicken sie in der Ermäßigung der Steuern, der Mieten, Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, Verbot des Zugabewesens, Besteuerung großkapitalistischer Betriebe durch gestaffelte Fiskalsteuern und andern.

Die Industrie verwies immer wieder auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten. Vom Stande der Wirtschaft, ihrer Produktions- und Konkurrenzfähigkeit sei auch die ganze Sozialpolitik abhängig. Jede Rentabilitätsberechnung habe zur Voraussetzung die ernsteste Prüfung aller Gestehungsfaktoren. Lohn und Gehalt seien aber hierbei die ausschlaggebenden Größen, der Lohnfaktor bestimme schon den Preis des Rohprodukts entscheidend (Kohle, Eisen usw.), er habe große Bedeutung beim Transport der Güter in jedem Zustand. Die Lebenshaltung der breiten Massen werde doch durch die Preise für Lebensmittel, Miete, Kleidung, Verkehrsmittel und andern mindestens in demselben Maße beeinflusst wie durch die Lohnhöhe. Eine Vorleistung der Preise sei bereits erfolgt, die amtlichen Indizes bewiesen seit längerer Zeit ein merkbares Absinken der Preise. Die Löhne und Gehälter müßten folgen. In den meisten Konkurrenzländern seien die Verdienste der Arbeitnehmer niedriger als bei uns. Eine weitere Verschiebung zuungunsten Deutschlands sei ferner zu gewärtigen aus dem Währungsverfall in 25 Staaten der Erde. Gewiß müsse sich die Lohnsenkung erstrecken auch auf die höchsten Bezüge der leitenden Beamten beziehungsweise Angestellten, aber in dieser Beziehung sei Durchgreifendes bereits erfolgt. Wirtschaftlich gesehen, sei man nur noch wenig vom Tiefstand auf dem Binnenmarkte entfernt. Wenn zu ihm noch eine verkürzte und verlustvolle Ausfuhr hinzutrete, sei eine Katastrophe unvermeidlich. Es sei volkswirtschaftlich wichtiger, zu geringeren Löhnen viele zu beschäftigen, als vielleicht 20 bis 30 % zu Tariflöhnen, während der Rest kurz arbeite oder arbeitslos sei. Dank dem staatlichen Schlichtungsweisen seien seit 1927 die Löhne und Gehälter zu schnell und zu stark gewachsen. In Verbindung mit der Verbindlich- und Allgemeinverbindlicherklärung sei dem staatlichen Schlichter eine Macht zugesprochen, die ihn zum einflussreichsten Manne im Staate mache. Neben der Notwendigkeit, die Tarife so zu gestalten, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich „elastischer“ den Erfordernissen der Wirtschaft folgen könnten, sei die Abkehr vom staatlichen Schlichtungszwang unabwendbar. Man müsse zur früheren Gepflogenheit des frei vereinbarten Tarifvertrags zurückkehren.

Demgegenüber betonten die Vertreter der Arbeiter und Angestellten — und zwar in der Tendenz unbeschadet der sonstigen Verschiedenheit der Richtungen einheitlich — daß gewiß der ausgehandelte oder ausgekämpfte Tarifvertrag vorzuziehen sei. Nur sei seit Jahren eine ungeheure Arbeitslosigkeit vorhanden, die ein bedeutendes Plus auf Arbeitgeberseite bei Lohnverhandlungen oder Arbeitskämpfen darstelle. Diese Tatsache in Verbindung mit den Erfahrungen früherer Jahre lasse bei den Gewerkschaften keinen Glauben an eine wirkliche Tarifwilligkeit in weiten Kreisen der Industriellen aufkommen. Wo sei eine solche in der Vorkriegszeit zum Beispiel im Bergbau, in der Schwereisen- und zum Teil in der weiterverarbeitenden Industrie vorhanden gewesen? Der Staat erfülle nur eine sozial gerechtfertigte Funktion, wenn er, namentlich in Notzeiten wie jetzt, verhindere, daß die Lebensbedingungen so vieler seiner Bürger, wie die Lohn- und Gehaltsempfänger es seien, auf ein tiefes Niveau sinken. Die Lohnsteigerungen der Jahre 1928 bis 1930 seien nicht nur der Prosperität der Wirtschaft, sondern auch der Produktionssteigerung in Abständen gefolgt; die Arbeitsleistungen des einzelnen seien um 30 % gestiegen. Ganz abgesehen davon, vertreten die Gewerkschaften den Anspruch auf steigenden Anteil am Produktionserlös. Die Lohnhöhe sei nicht ausschlaggebend, sondern der Reallohn, die dem Lohn innewohnende Kaufkraft. Gewiß sei eine Senkung der Preise

seit dem Vorjahre eingetreten, aber die Senkung der Löhne in Gestalt des Abbaues der über tariflichen Löhne, die Schmälerung des Akkordverdienstes, die mehrmaligen Lohnabbauwellen hätten vielfach die Preisentwertung mehr als wettgemacht. Das gelte schon für die noch Vollbeschäftigten. Um wieviel schlimmer gestalte sich die Lage der Kurzarbeiter. Dieser Verbleibswund erkläre die trostlose Situation auf dem Binnenmarkt. Bei aller Anerkennung der Bedeutung des Exports müsse immer wieder auf die Tatsache hingewiesen werden, daß rund 85 % der Produktion vom heimischen Markt aufgenommen werden. Reiche der Verdienst nur noch aus für die Beschaffung des zum Leben Allernotwendigsten, dann erkläre sich die schwierige Lage für den Mittelstand und die Landwirtschaft in besonderen. Angestellte und Arbeiter mißgönnten der Landwirtschaft einen angemessenen Verdienst nicht, so ungeeignet hierfür sei auch die bestehende Zölle ansehe, aber sie müßten verlangen, daß sie die landwirtschaftlichen Produkte auch kaufen könnten. Seit Jahren sei von ihnen gegen die unerträglichen Preisspannen Sturm gelaufen worden, ohne daß etwas Entscheidendes geschehen sei. Gewiß ständen Lohn und Preis im innigsten Verhältnis, aber der Verlauf der Verhandlungen rechtfertige die Besorgnis, daß bezüglich der Preise ein weiteres Absinken mittels der wohl unzureichenden Maßnahmen zu „erhoffen“ sei, während die Gewissheit weiteren Lohn- und Gehaltsabbaues feststehe. Da die Schaffung von Tarifen überall ausschließliches Recht der Tarifpartner, hier also der einzelnen Verbände sei, entsiehe also für die Vertreter im Wirtschaftsbeirat auch jegliche Befugnis, hier etwa bindende Abmachungen zu treffen. Gegen ausländische Schutzzölle mit prohibitiver Tendenz sei jegliche Lohnsenkung unwirksam, selbst wenn der Lebensstandard des deutschen Arbeiters auf das niedrigste Niveau gesenkt würde. Entscheidend für die schwierige Geld- und Kreditlage Deutschlands sei die dauernde Beunruhigung der öffentlichen Meinung durch das Auftreten politisch radikaler Kreise, seien auch die Unsummen eigenen und fremden Kapitals, die in Fehlinvestitionen festliegen, nicht rentieren, aber hoch verzinst und getilgt werden müssen. Zusammenfassend sei ernster Widerstand gegen jede Minderung der Kaufkraft der breiten Massen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nach wie vor verpflichtendes Gebot, für dessen Verletzung der Reichsregierung die volle Verantwortung überlassen bleiben müsse. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes fordere die Arbeitnehmererschaft die Einführung der Vierzig-Stunden-Woche mit Einstellungs-zwang.

An dieser Grundauffassung hat sich bis zum letzten Verhandlungstage nichts geändert. Sie gab Veranlassung, in der Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats am 22. November gegenüber dem vom Reichsfinanzminister gezeigten Resümee noch einmal mit aller Deutlichkeit die einheitliche gewerkschaftliche Auffassung darzulegen.

**Sitzung des Bundesausschusses des DGB.**

Der Bundesausschuß des DGB. trat am 25. November im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Er nahm zunächst Stellung zu der Erklärung des Reichsfinanzministers, in der er vom Standpunkte der Reichsregierung aus die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats aus deutete.

Die Bundesvorsitzenden Grafmann und Eggert berichteten ausführlich über den Verlauf der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat, auf die schon in einem andern Artikel dieser Nummer näher eingegangen wurde. Die auf der ersten Seite wiedergegebene Entschlieung ist ein Spiegelbild der im Bundesausschuß zu dieser Frage vertretenen Auffassung.

Ueber die Lage der Sozialversicherung in der Krise erstattete Welker vom Bundesvorstand einen Bericht. Was hier vorgehe, sei nur eine Ergänzung zu den Folgen, die unter dem ersten Punkt der Beratungen erörtert worden seien: Auch hier Abbau sozialer Rechte, auch hier Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft! Ueber

die Pläne der Reichsregierung in der Sozialversicherung bestehe noch keine volle Klarheit. Eine Veränderung in der Krankenversicherung und Angestelltenversicherung sei — nach den bisher vorliegenden Informationen — nicht zu erwarten. Dagegen plane man dem Anschein nach eine „Reinigung“ in den Leistungen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung solle der Leistungsabbau anscheinend in der Beseitigung der kleineren Renten bestehen. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schwierig. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1935 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden. 1930 sei jedoch in der Beitragseinnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Renteneinnahmen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch biete die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlaß, eine Sanierung überstürzt vorzunehmen. In den Kreisen der Bürokratie sei jedoch das Bestreben vorhanden, die Sanierung jetzt auf dem Wege der Rentenkürzung durchzuführen. Die gegenwärtige Zeit erscheine diesen Kreisen günstig für eine Verschlechterung der Leistungen. Die Gewerkschaften können dazu nicht stillschweigen. Sie müssen verlangen, daß die Sanierung auf dem Wege der Rentenkürzung in dieser schwierigen Zeit unterbleibe. Die Not der Vermittlung des Volkes dürfe keine neue, durch nichts gerechtfertigte Verschärfung erfahren.

Eine zu diesem Punkt vom Bundesvorstand vorgelegte Entschlieung wurde vom Bundesausschuß einstimmig angenommen. Sie ist an anderer Stelle veröffentlicht.

Zu der von der Regierung geplanten Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien wurde durch die Annahme einer Entschlieung Stellung genommen. Die Entschlieung hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesausschuß des DGB. erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien.“

Durch die Zulassung der Nachtarbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90 % der Brotversorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unwidersprochen nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zerrümmung eines hochwichtigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überspannten Zölle auf Brotgetreide.

**Unlautere Geschäftspraktiken**

In der gegenwärtigen schweren Zeit ist das Volk mehr denn je den Angriffen von Schädlingen ausgesetzt, die sich auf Kosten anderer zu bereichern suchen. Wir meinen damit jene Angebote in der Presse über Stellenvermittlung, Nebenerwerb oder Heimarbeit, mit denen den Arbeitslosen die letzten Groschen aus der Tasche gelockt werden sollen; leider meist mit Erfolg. Der allergrößte Teil dieser Anzeigen beruht auf Schwindel. Das gleiche gilt für die meisten Preisrätsel, die Angebote von Darlehen, von Vertretungen u. a. m.

Im Vordergrund in dieser Zeit, wo täglich Über-tausende den Inseratenteil der Zeitungen nach Verdienstmöglichkeit durchsuchen, steht der Stellenangebotschwindel und Nebenverdienstschwindel. Das Uebliche sind Anzeigen, wie „Glänzende Existenz“, „Sicheres Einkommen durch vornehme Beschäftigung“, „Hohes Nebeneinkommen bei leichter Beschäftigung“, „Sicherer Nebenverdienst“, „Bequeme Heimarbeit“. Fast alle Inserate dieser und ähnlicher Art sind von vornherein verdächtig. Der sich meldende Interessent erhofft natürlich eine Verdienstmöglichkeit. Die Anfrager erhalten aber nur eine — manchmal recht geheimnisvoll gehaltene — Andeutung und die Aufforderung, einen Geldbetrag für Porto-

**Der Störenfried**

„Dort oben ist ein Jude“, sagte Meister Schabefleisch meine vollbrachte Arbeit einer Kritik unterziehend.

„Wo denn?“ Ich bin zwar kein Antisemit, aber ich kann nichts sehen“, erwiderte ich ärgerlich.

„Eben, weil Sie nichts sehen können, eben darum ist dort oben ein Jude, so groß, wie unser Artilleriegeschloß. Das kann mit Ihnen auch nicht mehr so weiter gehen. Sie sind verbraucht. Sie müssen Rente beantragen, da Sie mindestens 80 % erwerbsbeschränkt sind. Ich werde mal mit Ihrem Betriebsmann reden, damit ich Ihnen den Lohn um 75 % kürzen kann. Ich will ja kein Unmensch sein und Sie brotlos machen, aber eine Kürzung des Lohnes ist nicht mehr zu umgehen. Vielleicht ist es auch gar nicht erst notwendig, daß ich mit Ihrem Betriebsmann spreche, wenn Sie damit einverstanden sind und mir eine schriftliche Erklärung unterschreiben.“

Ich erklärte ihm, daß er bei Gelegenheit wieder mal mit vorbeisuchen solle, wenn er bessere Laune habe, und dann wollten wir uns über andere und angenehmere Sachen unterhalten.

Es ist ein immerhin betrüblicher Zustand, wenn man die Feststellung machen muß, daß sich infolge der über-menschlichen Gebilden derselben wesentlich abnutzen. Ich kenne Kollegen, die ihre unteren Körpergegenstände zu einer formvollendeten Kugel vervollkommen haben, weil sich an den Leiterstufen die Knie abnutzen. Andere wieder sind durch das lange Stempelngehen derart zusammengeknickt, daß man als aufmerksamer Beobachter von jeder Tatsache erschütterter ist. Ja, ich habe sogar einen Freund — es hört uns ja hier niemand, und nicht wahr, nur unter uns — der hat dadurch, daß er seine Hände nicht gebrauchen konnte, weil es keine Arbeit mehr

gibt, der hat sogar lange Finger gekriegt. Alles ein Zeichen der Zeit, der Rationalisierung, der Weltwirtschaftskrise, der Abrüstungskonferenzen und der Zahlungseinstellungen.

Auch ich werde nicht von der Abnutzungslehre verschont. Ich habe das schon bei den verschiedensten Anlässen unangenehm empfunden. Wenn die Himmels-lutcher mit ihren Blechbögen die Bauchwelle machen, gebe ich mir zwar die reiblichste Mühe, aber meine Emille belehrt mich dann in vorzüglichster Weise, daß der Mensch in meinem Alter leider nur noch Stückwerk darstellt.

„Du mußt die dicken Strimpe ausziehen, das hilft. Wenn dir's zu kalt werden sollte, mußt du dir Doppel-senfter anschaffen. Und wenn dann infolge des Lohn-abbaues die Fleisch- und Wurstrationen für dich unsichtbar werden, dann schaffe dir ein paar Stiloogen an, aber keine schwarzweißroten, sondern — na, ich habe dir das doch da neulichst eingehend auseinanderverlauschert.“

Wenn mein Elefantparadiesvögelchen in dieser ersten Weise mit mir spricht, dann hat das etwas auf sich. Ich meine, dann kann man unter Umständen — wenn man so bedenkt — und überhaupt — bei die schlechten Zeiten — und nachher erst, wenn — das kann ich nicht so erzählen — nicht, nicht so laut — sie kann doch schließlich auch einmal Recht haben. Na ja also, das meine ich auch.

Ich ging also ernstlich mit mir zu Rate, rechnete aus — 80 % und 120 % Lohn ergibt 20 % Gewinn. Das kann sich sehen lassen. Mit mir außerordentlich zufrieden, ging ich darauf zu einem Augenarzt. Nach einer eingehenden Untersuchung entnahm er einem Akerblechbau-lasten ein Stahlgerippe, das AB begann, und ich brachte inzwischen mein Rentenanliegen vor.

„Waren Sie im Kriege?“ fragte er in höchstverdächtig-ter Weise. „Womöglich war ich da gar so einem nieder-trächtigen Generalfeldmarschall ins Garn gegangen. Er ließ

mich noch eine Rumpfbeuge machen, untersuchte nochmal und gab mir abschiednehmend die Hand mit den freundlichen Worten: „Ravau.“ „Au“, sagte ich widersprechend. Beim Hinausgehen sah ich noch, daß er mich durch einen geschickt angebrachten Spiegel genau beobachtete. Während streckte ich ihm die Zunge heraus. „Auch in schönster Ordnung“, meinte er mit dem Kopfe nickend.

Nach acht Tagen war ich glücklich im Besitze einer nützlichen Sehmachine. In der ersten Zeit kam es ja zuweilen vor, daß ich sie im entscheidenden Moment Zuhause gelassen hatte oder daß ich sie im andern Stock oder auch woanders hinverlegt hatte. Die beiden Lehrlinge entwickelten ein reges Interesse an dieser Sehmachine. Sie trugen sie abwechselnd und fetteten sie auch des öfteren ein, da sie bei der Arbeit zu sehr quetschte und demnach geölt werden müsse. Einmal wurde sie mir, sogar durch einen unglücklichen Zufall, derart verbogen, daß ich bequem um die Ecke und sogar hinter mich schauen konnte. Wenn ich das im Kriege schon gewußt hätte, dann...

Damit das nun nicht wieder passieren sollte, lagen zu meinem Geburtstag einige Etuis auf dem Gratulations-tische. Jedes Familienmitglied war also in der gleichen Sorge um mich bemüht. In aller Heimlichkeit tauchte ich diese Hülsen gegen ein paar Holenträger und eine Krawatte um, da ich das Geld trotz größter Anstrengung nicht zurückberhielt, und kaufte mir selbst eine Schatulle nach meinem Geschmack.

Dieses Etui war aber allem Anschein nach auch nicht das Richtige. Es entpuppte sich als ein ganz gemeiner Störenfried. Immer war dieser Robold auf Necken und damit unsichtbar. Man sollte es gar nicht für möglich halten, wieviel Schlupfwinkel in einer Wohnung existieren. Man sollte künftig alle Wohnungen kugelrund bauen. Und gar erst die Möbel. Einfach nicht zu glauben! Kaum daß man dieses Geschöpf samt Anhalt auf die Kommode ge-

spesen und Schreibarbeit — meist in Höhe von 1 bis 3 M — einzulenden. Für einen Teil der Gauner ist mit der Kassierung des gefandten Geldes das Interesse an dem "Bewerber" erschöpft. Die Gerissenen senden, um gegenüber dem Staatsanwalt eine Deckung zu haben, "Material" in Form von Adressenlisten oder von Anleitungen, wie man aus Adressbüchern die Adressen bestimmter Berufsbezeichnungen herausfindet und diese verwerten soll. — Andern Erwerblosen wird ein sogenannter Erwerblosenanzeiger geschickt, der Namen von Firmen enthält, die angeblich Stellen oder Beschäftigung anzubieten haben. Andere Schwindler verlangen nach Erhalt des verlangten Geldbetrages wertlose Schriften, zum Beispiel "Der Weg zum Erfolg" oder "Wie werde ich schnell reich", "Riiffe und Tricks zum Geldverdienen" u. a. m.

Wer für seine 1,50 bis 3 M nur eine heilsame Lehre erhielt, mag sich glücklich preisen. Viel stärker geschädigt sind die Arbeitslosen, die ihre letzten Spargroschen für eine "leicht zu verkaufende sensationelle Neuheit" hergaben oder "das Vertriebsrecht" an einem "hohen Verdienst abwerfenden" Artikel übernehmen. Der das Vertriebsrecht ergebende "Direktor" weist seinem neuen "Generalvertreter" die Vorzüge und Gewinnchancen seines Artikels sehr verlockend zu schildern. Der neugebackene Vertreter merkt meist erst nach Erhalt der Ware, daß diese viel zu teuer, keineswegs neuartig und damit absolut kein Geschäft möglich ist, weil das Publikum diese Gegenstände in jedem Warenhaus oder einschlägigen Geschäft kaufen kann. Aber die durch Unterschrift gegebene Verpflichtung zur Abnahme des Artikels im Werte von oft vielen hundert Reichsmark bleibt, und der "Generalvertreter" mag sehen, wie er die Ware los wird.

Beliebt ist auch zur Zeit, den Arbeits- und Stellenlosen Strickmaschinen zum Kauf anzubieten, mit dem Versprechen, alle auf den Maschinen hergestellten Strickwaren restlos abzunehmen. Hat der Interessent die Strickmaschine auf Raten erworben, dann ist er dem "Arbeitsgeber" mit Haut und Haaren ausgeliefert und muß seine in langer Arbeitszeit hergestellten Strickwaren zu lächerlichen Unterpreisen abgeben.

In den Rahmen der Arbeitsschwindler gehören die Kautionschwindler, die den Arbeitslosen gegen eine Sicherheit oder "Interesseneinlage" eine "gut bezahlte Vertrauensstellung" anbieten. Mit Vorliebe werden Stellen als Buchhalter oder als Beifahrer auf einem Lastwagen oder als Kassierer oder Mitarbeiter in einem angeblichen Mälergeschäft angeboten, die "Kaution" soll als Sicherheit für gleichzeitig übertragene Inlassvollmacht dienen. Nach Bezahlung der Kaution verschwindet der Gauner. Manchmal hat das Opfer einen Vertrag unterschrieben, der besondere Verpflichtungen enthält und deren Nichterfüllung den Verlust der Kaution nach sich zieht.

In hoher Blüte steht gegenwärtig auch der Darlehens- und Hypothekenschwindel. Die "Darlehensgeber" verlangen Provisionen, Abstandsgebühren, Anlaufbeiträge u. a. m., um dann mitzuteilen, daß das Darlehen mangels genügender Sicherheit nicht gegeben werden kann. Die Hypothekenscheinvermittler wollen Vollmachtsgebühren, Vertragsgebühren, Stempelgebühren, Beglaubigungsgebühren usw. und verstehen es ausgezeichnet, durch Verschleppung der Angelegenheit den Antragsteller zum Verzicht ihres Besuches zu bewegen.

Die Preisrätselausschreiben von Versandhäusern üben immer noch eine Massensuggestion aus. Es ist auch zu verführerisch, für ein kinderleicht zu lösendes Rätsel einen wertvollen Preis zu erhalten. Die glücklichen Gewinner (das heißt alle, die sich an dem Preisrätsel beteiligen, dazu viele andere, denn mit Adressen wird ein schwungvoller Handel getrieben) erhalten die Mitteilung, daß für den gewonnenen Musikapparat oder Sprechapparat oder das Radiogerät oder die Standuhr usw. nur Geld zu senden sei (meist 16 bis 18 M) für Selbstverpackungs- und Versandkosten, um in den Besitz des wertvollen Gewinnes zu kommen. Der gewonnene Gegenstand ist aber das Geld nicht wert (die Standuhren zum Beispiel sind aus Pappmaché), oder es kommt der zweite Trick, nämlich die Aufforderung zur Einsendung von

weiteren größeren Geldbeträgen "für die Platten zum Sprechapparat" oder "für die Röhren des Radiogeräts".

Die Liste solcher Schmarozker am Volkstörper ist mit den vorstehenden Beispielen noch lange nicht erschöpft; es gibt Eintrittskarten- und Grußbestellungsbetrüger, Schwindler mit Beschlüßfarmen, mit Automaten, mit Lizenzen auf Kellameapparate, Adressbuchschwindler, schwindelhafte Lotterien, Baugenossenschaften und Siedlungsgesellschaften, Wäscheschwindler und viele andere mehr.

Unter den 600 000 im Deutschen Reich alljährlich rechtskräftig verurteilten Personen sind zwar rund 50 000 Betrüger; es tauchen jedoch immer neue auf. Viele dieser Betrüger sind auch so gewist, daß sie den Gesetzen stets eine Nase drehen, und dem Staatsanwalt, wenn dieser wirklich zugegriffen hat, aus dem Garn schlüpfen.

Durchgreifende Abhilfe kann nur durch allgemeine Aufklärung geschaffen werden. Die erste Regel heißt: die

### Entschließung des Bundesausschusses zur Sozialversicherung

Der Bundesausschuß weist erneut auf die schwierige Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktlücke verursachten Einnahmeausfälle, teils durch den Ausfall der zugesicherten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der letzten Bräunung zugesagten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse, in zur Zeit unverwertbaren Schaßanweisungen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindeverbände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das schärfste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterschaft, wollte man diese Notlage, die die Versicherungsträger unverschuldet trifft, dazu ausnützen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen.

Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren.

Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindeverbände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisierten Verbesserung und Vereinheitlichung erachtet auch der Bundesausschuß für notwendig.

Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen wärnt der Bundesausschuß dringend davor, einen Leistungsabbau auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Maßnahme müßte dem einstimmigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.

Praktiken der Schädlinge kennen. Die zweite: alle Betrugsfälle melden. Erst die Häufigkeit der Einzelmeldungen macht eine wirksame Abwehr möglich. Solange einem Schwindler nicht nachgewiesen werden kann, daß er eine größere Zahl von Personen geschädigt hat, ist eine Anzeige meist nutzlos. Die Meldungen sind der zuständigen Polizeibehörde zu erstatten.

Dringend notwendig ist eine bessere Kontrolle der Zeitungsanzeigen durch die Anzeigenexpeditionen. Vielen Anzeigen sieht man den Schwindel auf den ersten Blick an. Nur wenn alle anständigen Kreise an der Verfolgung und Entlarvung der Parasiten mitwirken, wird das Treiben dieser Hyänen des Wirtschaftslebens unterbunden werden können. Km.

Auf dem Küchenofen lief inzwischen die Milch über, der Sonntagsbraten fing brenzlich an zu wiehern und eine Almosphäre war im Raum zum Explodieren. Die Fenster wurden aufgerissen, der Herd wieder in Ordnung gebracht, und das gefräßige Element bekam eine neue Ladung Kohlen.

"Rachle nur nicht so nein, man zerlooft ja vor Sise", schrie ich meine Emilie an. Als Antwort kam ein Knagen und Zischen aus dem Feuerloche. Alles stand wie erstarrt. "Da hat sich also der verfluchte Seemannsgelbste demnach sogar in den Kohlenkasten verkrochen", orakelte unser Hausväterchen Lotte mit einem erleichterten Aufatmen. Ich krachte mir die Kohhaarstränge, meine Emilie stierte in das Ofenloch, und der freundliche Herr zog sich ein ungeschön wirkendes Haar aus der Nase.

Aber ich bin froh. Nun ist endlich Ruh'. Was ich mich schon über den Kriebel geärgert habe, geht auf keine Ruhhaut. Ich wollte mich scheiden lassen, bloß wegen dem niederträchtigen Luder, aber ich bin froh, daß es so gekommen ist" rief meine Emilie, vom Alldruck befreit, freudig hervor.

Ich spitzte die Ohren. Also auch sie ging auf heimlichen Wegen. Wie ein entpuppter Sünder kam ich mir vor. Den Herrn huztelten wir auf schnellstem Wege zur Tür hinaus. Ein sonniger Tag vergabete unser Familienleben, das unter diesem kleinen Teufel furchtbar gelitten hatte.

Gegenwärtig besitze ich ein Vergrößerungsglas, das ich an einer Schnur um den Hals trage, wie die kleinen Kinder den Zulber. Ein Brillenetui kommt mir nicht mehr in mein Haus. Lebriqens bin ich mit meiner Emilie seitdem auch ohne Brille sehr zufrieden, ganz besonders aber Sonntags, wenn sie neugewaschen und unwiderstehlich feiertäglich aufgetakelt ist. Der Quietschpinsel.

### Die Konsumgenossenschaftliche Bewegung in Deutschland

— II. Die deutschen Konsumgenossenschaften sind in zwei Zentralorganisationen, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine (Hamburg) und dem Reichsverband deutscher Konsumvereine (Köln a. Rh.), zusammengefaßt. Der ältere und weitaus größere dieser genossenschaftlichen Verbraucherverbände ist der Zentralverband mit 974 Konsumgenossenschaften und 2940 308 Mitgliederfamilien Ende 1930, während der Reichsverband 277 Konsumgenossenschaften mit 792 551 Mitgliederfamilien stark ist. Zusammen zählen also die beiden Verbände 1251 Konsumgenossenschaften mit 3 732 859 Mitgliedern und repräsentieren damit eine ganz ansehnliche organisierte Wirtschaftsmacht, die sich sowohl im Warenverkehr wie in der Warenproduktion der deutschen Volkswirtschaft stark bemerkbar macht. Die Zahl der Verteilungsstellen im ganzen Reiche beträgt für beide Verbände 13 218 (Zentralverband 10 709, Reichsverband 2509), Warenumsatz in denselben rund 1,5 Milliarden Mark (Zentralverband 1,24 Milliarden, Reichsverband 204,6 Millionen Mark), wovon auf die Warenerzeugung in eigenen Betrieben 370,4 Millionen Mark (Zentralverband 342,4 Millionen Mark, Reichsverband 28 Millionen Mark) entfallen.

Die Warenerzeugung in den eigenen Betrieben der deutschen Konsumgenossenschaften ist angesichts ihrer Stärke im Verhältnis zum Warenumsatz von besonderer Bedeutung. Denn zu den 370,4 Millionen Mark Eigenproduktion sind auch die 148,6 Millionen Mark der beiden Großverkaufsgesellschaften (GEG Hamburg 137,6 Millionen Mark, "Gepag" Köln 11 Millionen Mark) zu rechnen, so daß an dem genauen Gesamtumsatz beider Zentralverbände im Betrage von 1445 Millionen Mark die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion mit rund 519 Millionen Mark oder 35,9 % beteiligt ist. Eine sehr wichtige Tatsache, die von eminent volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Denn es ist leicht einzusehen, daß eine Wirtschaftsform, deren Produktion sich auf den geregelten Bedarf der Bevölkerung aufbaut, ohne weiteres Planwirtschaft bedeutet, bei der kapitalistische "Fehlinvestitionen" und damit Kapitalrisiko, Spekulationsgeschäfte irgendwelcher Art usw. ganz einfach ausgeschlossen sind; und damit Fehlerquellen der Wirtschaft automatisch verstopft sind, die unser heutiges Wirtschaftselend mit herbeigeführt haben. Es ist auch leicht einzusehen, daß der in Hunderttausende Einzelbetriebe zerplitterte Privathandel diese Eigenproduktion nicht nachmachen kann, woraus sich die viel stärkere, rationellere und dadurch überlegene Konstruktion der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung mit zwingender Deutlichkeit von selbst ergibt.

So wird auch die wütende Bekämpfung der Konsumgenossenschaften durch den Privathandel und die um seine Wählerstimmen buhlenden Parteien, vor allem der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, ganz erklärlich — eine Bekämpfung, die sich durch eine ausnahmesteyerliche Belastung und Schikanierung durch die steuerliche Rechtsprechung "auszeichnet". Aber dies kann alles nicht verhindern, daß die Konsumgenossenschaftliche Bewegung sich weiterhin vorwärts entwickelt, denn sie enthält einen Faktor der Wirtschaftlichkeit für die Verbraucher, der zwingend die Überlegenheit der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung aufzeigt, was sich weiterhin aus der Gegenüberstellung vom eigenen Betriebskapital der Mitglieder im Verhältnis zu Rückvergütung und Reinertrag ergibt. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder in beiden Zentralverbänden zusammen betragen im Jahre 1930 rund 74 Millionen Mark. (Zentralverband 64,6 Millionen Mark, Reichsverband 9,4 Millionen Mark.)

Das bedeutet, daß die Mitglieder mit 74 Millionen Mark eigenem Geschäftskapital 75,2 Millionen Mark Wirtschaftsnutzen in einem einzigen Jahre erzielten! Kann es einen deutlicheren Beweis für die Überlegenheit der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung über den Privathandel geben?! Zu den 75,2 Millionen Mark sind außerdem noch die im Jahre 1930 neu zugewiesenen Reserven mit insgesamt 10,6 Millionen Mark (Zentralverband 9,6 Millionen Mark, Reichsverband 1 Million Mark) zu rechnen, so daß der Wirtschaftsnutzen auf 85,8 Millionen Mark steigt aus 74 Millionen Mark eigenem Betriebskapital der Mitglieder. Die Gesamtreserven beider Zentralverbände betragen rund 71 Millionen Mark (Zentralverband 66 Millionen, Reichsverband 5 Millionen Mark).

Die Planwirtschaft der Konsumgenossenschaften und ihre überlegene Wirtschaftlichkeit, die sich aus vorstehenden Zahlen ergibt, ist eine Tatsache von höchster volkswirtschaftlicher Bedeutung; sie weiter zu entwickeln, entspricht dem Interesse der Gesamtbevölkerung. Gerade in der heutigen Zeit, in der jeder mit dem Pfennig rechnen muß, zeigt sich der Vorteil der Konsumvereine für die Konsumenten besonders deutlich.

### Sozialversicherung

#### Das Hausgeld für Arbeitslose.

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung haben die Krankenkassen einem Versicherten dann ein sogenanntes Hausgeld zu zahlen, wenn er in einer geschlossenen Anstalt untergebracht ist. Voraussetzung ist jedoch, daß der Versicherte vorher Angehöriger ganz oder überwiegend unterhalten hat. Das Hausgeld wird in halber Höhe des Krankengeldes gezahlt. Den Kassen ist es gestattet, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen. Diese Bestimmungen gelten auch für die gegen Krankheit versicherten Arbeitslosen. Da diesen ein Krankengeld in Höhe ihrer Arbeitslosenunterstützung zusteht, so erhalten sie gegebenenfalls ein Hausgeld im Betrage des halben Krankengeldes oder des

legt, schon geht die Reife um die Welt vonstatten. Es kriecht unter die Decke, schlüpft in die löcherlichen Strümpfe, schlendert mit Grandezza durch die Kommodenkästen und landet in der Salzmelde oder macht es sich zwischen den Riffen des Großvaterstuhls bequem, der doch eigentlich nur für Sitzgegenstand und Saggasgabe bestimmt ist. Es schwingt sich in Mutterns Markttasche, befreundet sich mit dem Kohlrabi und der Stiefelwische und nassauert sich als blinder Passagier durch das Leben. Es war nicht mehr auszuhalten.

Meine Nerven kamen in vollständige Unordnung. Statt der Ausweisepapiere legte ich die als Zubrot bestimmten Schinkenscheiben in die Brieftasche. Ich kam in Filzschuhen zur Arbeit und leimte die Deckenfarbe mit Firnis. Ich legte sämtliche Vorstandsämtler nieder, trat aus der Kirche aus und trug mich sogar mit Ehescheidungsgebeten.

Der Nervenarzt, den ich aufsuchte, verschrieb mir ein Vierteljahr Erholung. Die Krankenkasse schickte mir eines schönen Tages einen freundlichen Herrn ins Haus, der meine Personalkarte aufnahm und noch einige Fragen, die mit der weit entfernten Heilstätte in Berührung standen, an mich richtete. Nachdem dies erledigt, bat er mich, zu unterschreiben. Ich unterschreibe aber nur Schicks, die zu meinen Gunsten lauten, ungelesen. Zum Lesen aber benötige ich die Stielbogen wie das Etui, weil in dem pflichtgefüttertem Schächtelchen dieses Hilfsinstrument der Augen verborgen war.

Zuerst suchte ich allein, dann beteiligte sich die ganze Familie, und zum Schluß half auch der Beamte mit. Wir suchten: Tisch, Schrank, Kommoden und Vertikalkästen, im Waschbecken, im Wäschekorb, in den Sofaecken und Schluchten, im Wickstapfen, im Kiosett, in den Rocktaschen und in den verschiedensten Stiefeln. Nirgends war das Etui zu finden.

halben Unterstützungsfalles. Haben die Kassen fahungsgemäß ein höheres Hausgeld eingeführt, so liegt dies selbstverständlich auch den Arbeitslosen zu. Fraglich und strittig war bis jetzt nur noch, ob bei der Berechnung des Hausgeldes für Arbeitslose nur die Hauptunterstützung zugrunde zu legen ist oder ob auch die gezahlten Familienzuschläge mit in Ansatz zu bringen sind. In diese Streitfrage bringt ein Bescheid des Reichsversicherungsamtes vom 3. Juli 1931 Klarheit, in dem es heißt: „Nach § 186 der Reichsversicherungsordnung beträgt das Hausgeld das halbe Krankengeld. Als Krankengeld wird nach § 120 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes derjenige Betrag gewährt, den der Arbeitslose nach den §§ 107 und 108 deselben Gesetzes als Arbeitslosenunterstützung erhielt, wenn er nicht erkrankt wäre. Zu diesen Bezügen gehört auch der Familienzuschlag nach § 107 Absatz 2 des Gesetzes.“ Die Frage ist somit zugunsten der Versicherten geklärt. In dem Bescheid heißt es nun weiter: „Ob im übrigen dem erkrankten Arbeitslosen noch etwaige fahungsmäßige Zuschläge mit Rücksicht auf Angehörige zum Hausgeld anzurechnen sind, ist zweifelhaft und muß der Entscheidung im Rechtszuge vorbehalten bleiben.“ Diese Frage ist also auch durch den Bescheid nicht geklärt. Betrachtet man die Sache vom reinen Rechtsstandpunkt, so müssen dem Arbeitslosen auch die in der Kassensatzung etwa vorgesehenen Zuschläge zum Hausgeld zuzurechnen. Sofern dies nicht geschieht, würde dies einer unterschiedlichen Behandlung von Kassennitzgliedern gleichkommen. Eine solche ist jedoch sowohl nach dem Gesetz als auch nach der bisherigen Rechtsprechung unstatthaft. R.-S.

**Beginn des Anspruchs auf Krankengeld bei zeitweiser Unterbrechung der Arbeitsunfähigkeit unter Berücksichtigung eines einheitlichen Versicherungsfalles.**

Infolge der Novverordnung vom 26. Juli 1930 eingetretene Änderungen der §§ 182, 191 der Reichsversicherungsordnung wird Krankengeld nur noch vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt. Die Frage, wann die Krankheit im versicherungrechtlichen Sinne eingetreten ist, scheidet für den Anspruch auf Krankengeld vollkommen aus. Für den Beginn dieses Anspruchs ist nach der zur Zeit geltenden Rechtslage ausschließlich der vierte Tag der Arbeitsunfähigkeit maßgebend.

Für die Versicherten hat sich hieraus gegenüber dem früheren Rechtszustand eine wesentliche Verschlechterung ihres Leistungsanspruchs ergeben, die noch dadurch erweitert wurde, weil Zweifel bestand, ob nach überstandener Arbeitsunfähigkeit, bei Fortbestehen derselben Krankheit, im Rahmen desselben Unterstützungsanspruches, bei erneut eintretender Arbeitsunfähigkeit wieder drei Wartetage für den Anspruch auf Krankengeld zurückgelegt werden müssen. Das Reichsversicherungsamt hatte in einem Bescheid vom 26. Januar 1931 seine Ansicht dahin zum Ausdruck gebracht, daß im Falle zeitweiser Unterbrechung der durch denselben Versicherungsfall ausgelösten Arbeitsunfähigkeit das Krankengeld sofort zu gewähren ist. Anknüpfend an diesen Bescheid hat der Revisionsrat des Reichsversicherungsamtes am 26. Juni 1931 eine grundsätzliche Entscheidung gefällt, die volle Klarheit schafft. Hiernach ist das Krankengeld bei dem Vorliegen eines einheitlichen Versicherungsfalles nur bei dem erstmaligen Eintritt der Arbeitsunfähigkeit vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an, dagegen bei jeder weiterhin während desselben Krankheitsfalls auftretenden Arbeitsunfähigkeit im Rahmen der Unterstützungsdauer sofort zu gewähren.

Einheitlicher Versicherungsfall im Sinne dieser Entscheidung ist gleichbedeutend mit einheitlichem Krankheitsfall, der die Anwendung ärztlicher Behandlung oder Arznei oder Heilmittel erforderlich macht. Der Wegfall der ärztlichen Behandlung und der Arznei und Heilmittel würde im Krankheitsfall den Versicherungsfall unterbrechen, wenn auch im medizinischen Sinne die Krankheit fortbestehen würde. Im also bei jeder weiterhin während desselben Krankheitsfalles erneut auftretenden Arbeitsunfähigkeit das Krankengeld sofort zu erhalten ist Voraussetzung, daß auch während der Zeit, während der der Versicherte arbeitsfähig ist, Krankheit im Sinne der Reichsversicherungsordnung, das heißt Krankheit, die die Anwendung ärztlicher Behandlung oder Heilmittel notwendig macht, lückenlos bestanden hat. Aus dem hier Gesagten geht ferner hervor, daß ein Krankengeldanspruch vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an, im Sinne genannter Entscheidung, dann nicht besteht, wenn ein Versicherte nach vorausgegangener Arbeitsunfähigkeit wieder gesund und arbeitsfähig ist und bereits nach wenigen Tagen erneut krank und arbeitsunfähig wird. v. d. B.

**Arbeitsgerichtliches**

**Am zweihundertundfünfzig Pfennig ein Prozeß!**

Ein in der Nähe von Köln wohnender Anstreicher vereinbarte mit einem Bauherrn, gegen Entschädigung von 10 M. eine Decke und einige angrenzende Seitenflächen zu erneuern. Obwohl der Anstreicher selbst das Material stellte und mehr als fünf Stunden an dem Objekt arbeitete, erhielt der Arbeiter nur die Hälfte des vereinbarten Lohnes. Für die Arbeit sei fünf Mark genug, erklärte der Arbeitgeber. Daraufhin ging der Anstreicher zum Arbeitsgericht und verklagte den Unternehmer. Da die Vereinbarung aber ohne Zeugen zustande gekommen war, blieb dem Unternehmer nichts anderes übrig, als zu schwören, daß er nicht die vom Anstreicher behauptete Vereinbarung getroffen habe. Am wegen eines so geringen Betrages die Gefahren eines Reineides zu beizugehen, ermahnte der Richter dringend zu einem Vergleich. Daraufhin einigten sich Unternehmer und Arbeiter auf 2 Mark und fünfzig Pfennig!

Dieser kleine Fall beleuchtet trefflich die Krauerigkeit der Unternehmer. Anstatt nach Treu und Glauben den vereinbarten Lohn zu zahlen, machen sie lieber stundenlange Wege zum Gericht. Erst wenn hier größere Gefahr droht, sind sie bereit, vom Verlangen die Hälfte zu bezahlen. Nur ganz geringfügige Kompromisse kann die Arbeitenden zur Ausbeutung schenken.

**Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1931**

**Einnahmen**

A. der Filialen:	
Beiträge für die Hauptkasse	278 032,10 M
Eintrittsgelder	9,60 "
Broschüren, Jahrbücher, Protokoll	17,50 "
Beiträge zu den Verwaltungskosten	7 797,61 "
Beiträge zu 5 %	3 336,16 "
Sonstiges	513,11 "
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	26 530,67 "
„Der Maler“	199,15 "
Vermögensverwaltung	5 850,70 "
Sonstiges	4 011,70 "
Mehrausgabe	28 461,48 "
<b>Summa</b>	<b>354 759,08 M</b>

**Ausgaben**

A. der Filialen:	
Reiseunterstützung	664,25 M
Arbeitslosenunterstützung	74 247,80 "
Krankenunterstützung	16 732,58 "
Invalidenunterstützung	24 223,— "
Beihilfe in Sterbefällen	7 624,51 "
Rechtsschutz	741,36 "
Streitunterstützung	521,— "
Gemahregeltenunterstützung	72,— "
Sonderunterstützung	16,— "
Verwaltungskosten	60 497,06 "
Versicherungsbeiträge	3 888,85 "
Sonstige Ausgaben	171,83 "
B. der Hauptkasse:	
„Der Maler“	24 574,77 "
„Der Lakerer“	922,90 "
„Malerjugend“	1 466,30 "
Agitation und Konferenzen	4 033,50 "
Beitrag an den AOB	5 497,60 "
Internationale Gewerkschaften	15 000,— "
Flugblätter, Broschüren und Protokolle	1 240,58 "
Drucksachen	6 720,05 "
Statistik, Bibliothek	1 830,21 "
Bildungszwecke	6 862,94 "
Verwaltungskosten, persönliche	20 262,— "
sachliche	9 398,77 "
Soziale Fürsorge	12 292,60 "
Beteiligungen	5 000,— "
Sonstige Ausgaben	110,50 "
Vermögensverwaltung	28 854,10 "
Bezirksleitungen	21 292,02 "
<b>Summa</b>	<b>354 759,08 M</b>

Hamburg, den 23. November 1931.

Louis Ringel, Kassierer.  
Revidiert und für richtig befunden:  
Hans Bag, Gustav Bräuer, Bruno Krebs,  
Bruno Müller.

**Werbungsberichte**

**Sonderangebot, das nur für die Leser der Zeitschrift „Der Maler“ gilt.**

Schon in Nr. 49 kündigten wir das „Sonderangebot“ der Verlagsbuchhandlung Helmke & Co. G. m. b. H., Silbesheim, an, die den Restvorrat des Kupferstiefdruckwerkes „1001 Schweizer Bild“ zu dem enorm ermäßigten Preise von 15 M statt 62 M in Ganzleinen anbietet. Es gibt kein gleichartiges Werk auf dem Büchermarkt von so wunderbarer Einheitlichkeit und solchem Silberreichtum. Dieses Prachtwerk, das von hervorragenden Fachphotographen unter Mitwirkung von ersten Schriftstellern der Schweiz herausgebracht ist, ist ein „Buch der Sehnsucht“ für alle diejenigen, denen es noch vorbehalten blieb, die Natur Schönheiten unseres Nachbarlandes kennenzulernen, ein „Buch der Erinnerung“ für alle, denen es vergönnt war, die Herrlichkeiten des Schweizer Alpenlandes auf Reise und Wanderung zu genießen. Da der Restvorrat des Werkes zu dem niedrigen Preise schnell vergriffen sein dürfte, ist sofortige Bestellung beim Verlag „Fachblatt der Maler“ zu empfehlen.

**Ergebnis des „Wahr-Schau-Preiswettstreits“ 1931.**

Der Verband der Deutschen Berufsge nossenschaften hatte in seinem Wahr-Schau-(Unfallverhütung)-Kalender 1931 durch ein Preiswettstreit kurze Verse und Merksprüche für seine Wahr-Schau-Bewegung gesucht. Das Preisgericht hat wie folgt entschieden:

- Preis, 150 M, für den Vers:  
Augen auf! Gedanken klar!  
Überall droht heut Gefahr!  
Denk an dich — aus Eigennut,  
Denk auch an des Nächsten Schutz!  
(Betriebsleiter Gottfr. Richter, Eichenwerf, Hannover-Zimmer.)
  - Preis, 100 M, für den Vers:  
Acht Vorsicht! Schlimme Folgen hat oft klein Versehen.  
Mit „hät ich“ und „ich dachte“ machst du nichts ungeschäh'n.  
Das Unglück packt oft grausam schnell zu mit schwerer Hand:  
Drum halt die Augen offen und brauche den Verstand!  
(Willy Patzschulla, Böttcher, Berlin SO 36, Wiener Straße 16.)
- Ferner wurden zwei dritte Preise zu je 75 M, sechs vierte Preise zu je 50 M und zwölf fünfte Preise zu je 25 M, also im ganzen Preise von 1000 M verteilt.

Jährlich 17 Milliarden Mark für Rüstungen.  
Die „New York Times“ hat kürzlich eine Zusammenstellung über die Rüstungsausgaben der Welt gebracht, die das französische Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ wieder-

gibt. Danach beläuft sich der gesamte Rüstungsaufwand der Welt auf 102 948 298 950 Frank (etwa 17 Milliarden Mark). An der Spitze marschieren die Vereinigten Staaten mit 17 685 625 000 Frank; es folgt Sowjetrußland mit 14 473 567 675 Frank; alsdann kommt Frankreich mit 11 674 000 000 Frank, hierauf England mit 11 631 375 000 Frank, Italien mit 6 223 662 500 Frank. Es folgen Japan und Indien mit über 5 Milliarden Frank, und dann Deutschland mit 4 298 076 000 Frank. In der Statistik folgen Spanien mit 2 814 582 500 Frank und Polen mit 2 301 825 000 Frank. Es ist ein Standal, daß jährlich nicht weniger als 17 Milliarden Mark dem Moloß Militarisismus geopfert werden. Was könnte mit dieser Riesensumme alles an Kulturaufwand geleistet werden.

**Fachtechnisches**

Patentschein, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

**Gebrauchsmuster.**  
Rl. 75 c. 1 194 958. Farbtropfhalter. Benno Frank, Dresden-A 29, Barthauer Straße 6.  
Rl. 75 c. 1 194 702. Auf den Rand des Streichmittels gefäßes aufsteckender Behälter für Deckenbürsten und Pinsel. Johannes Thies, Kiel-Holtenau, Ranaststraße 16.

**Erteilte Patente.**  
Rl. 22 i. 539 589. Verfahren zur Herstellung als Kleb-, Anstrich- oder Bindemittel geeigneter Dese. J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt a. M.  
Rl. 22 h. 539 726. Verfahren zur Herstellung von Lacken. Willfred Stewart Rothera, Stanley Blüthen und S. R. Gillespie, Nottingham, England.

**Angemeldet Patent.**  
Rl. 22 g. N. 45 984. Mittel zum Entfernen von Oelfarben und Lackanstrichen. Unbekannte Erben des verstorbenen Dr. Wilhelm Ufermann, Nachlasspfleger Rechtsanwalt Gärtner, Berlin-Lichterfelde.

**Werbungsberichte**

Im Verlag J. S. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, erschienen: „Die Gemeinde“, vierteljährlich 3 M. die „M.M.“ (Multiplizierte Republikanische Zeitung), herausgegeben vom Bundesvorstand des Reichsbanners; der „Wahre Jacob“, seit 52 Jahren das bestgeführteste Wochenschrift der Arbeiterbewegung; die „Frauenwelt“, Nr. 23 vom 14. November, Preis 35 P.; S. C. B. S. o m m e r und W. B. a u c h e: „Gesellschaft und Wirtschaft“, Kalender 1932, 54 Bildtafeln in Zwei- und Dreifarben (Größe 18 x 24 cm), Preis 2 M.; C. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Der „Gesellschaft und Wirtschaft“ Kalender 1932 wird sich Laubsche neuer Freunde erwerben. Er ist ein Werk, in dem wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen mit wissenschaftlicher Genauigkeit und höchst anschaulicher Aktualität zusammengefaßt sind und daher ist er als bestmöglicher Schulungsmittel im Sinne einer modernen Auffassung zu empfehlen. Die 20 S. liefert der Verlag eine gute Zusammenfassung der die einzelnen Momenten aufweist und immer wieder benutzt werden können. Bis 1. Dezember kann der Kalender — zum Subskriptionspreis bestellt — zum Vorzugspreis von 1 M. bezogen werden. Alle Buchhandlungen sowie der Verlag haben ausführliche illustrierte Prospekte unentgeltlich ab-

zugeben. „Dänemark — Schweden — Norwegen“ im Bilde. Deutschlands größter Lichtbildverleger, Kurt Hiesler, hat seinem im Verlag F. U. R o c h a u s, Leipzig, erschienenen berühmten Bilderbuch „Deutschland“ im gleichen Verlagshefte jetzt ein neues großes photographisches Werk folgen lassen: „Dänemark, Schweden, Norwegen, Landchaft, Baukunst, Volksleben.“ Dieses im Format 23,5 x 30,5 cm gedruckte Werk besteht in der Hauptache aus 280 Seiten meist ganzseitigen Abbildungen in bestem Kupferstiefdruck nach den eigenen Weiteraufnahmen des Verfassers. Die Unterchriften zu den Bildern sind in sechs Sprachen, Deutsch, Englisch, Französisch, Dänisch, Norwegisch und Schwedisch gehalten. Bedeutende Dichterrinnen, Selma Lagerlöf, Karin Michaelis und Sigrid Undset, haben wunderschöne Gedichtworte beigesteuert. Der berühmte schwedische Forscher Sven Hedin urteilt sehr lobend über das Buch. Verständlich, daß er besonders liebend auf den schwedischen Teil des Buches eingeht, aber wir möchten doch betonen, daß Kurt Hiesler Dänemark und Norwegen nicht weniger berücksichtigt hat. Mit Sven Hedin wünschen wir der als Weltmachtsgeheimnis hervortretend gezeichneten kostbaren Neuerscheinung, deren Preis — in Ganzleinen 24 M. in Halbleder 28 M. — in Anbetracht der kostspieligen Ausstattung sogar niedrig ist, eine große Verbreitung.

Ein Spiegelbild der Reichstagsverhandlungen: „Wichtigste aus dem Oktober-Reichstag 1931.“ Für 20 S. in den Buchhandlungen erhältlich. Herausgeber: SPD-Parteiorgan.

Yvatu. Ein neuer Roman von Peter Freuchen. Peter Freuchen, der Autor des neuen Goldenen Buches „Yvatu“, ist ein geborener Däne. Er schloß sich der Expedition des Forschers Nazmusen an und durchkreuzte Grönland. Während seiner Expedition hat er die Naturgeschichte Grönlands, die Geographie, die Fauna und die Flora Grönlands in einer Weise, die für jeden, der sich für diese Dinge interessiert, von großem Wert ist. Das Buch „Yvatu“, das die Geschichte dieser Expedition erzählt, ist ein Werk, das für jeden, der sich für die Naturgeschichte Grönlands interessiert, von großem Wert ist.

Yvatu ist Peter Freuchens bestes Buch. Und das ist kein Zufall. Dieser Roman ist wie Freuchen selbst sagt, die Geschichte seiner ersten Ehe, die trotz der Rassenverschiedenheit ihm unendlich viel bedeutete. Das Andenken an diese Frau hat Peter Freuchen geblüht durch das Buch „Yvatu“, das die Geschichte dieser Ehe ist.

Vom 29. Nov. bis 5. Dez. ist die 49. Beitragswoche.  
Vom 6. Dez. bis 12. Dez. ist die 50. Beitragswoche.

**Sterbetafel**

Güstrow. Am 11. November starb nach langer Krankheit unser Kollege Fritz Möller im Alter von 20 Jahren an Lungentuberkulose.  
Kiel. Am 22. November starb unser Jungkollege Ernst Mohl im Alter von 20 Jahren an Lungentuberkulose.  
Reiße. Am 21. November starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser treues Mitglied Reinhold Brandt im Alter von 55 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!